Globales Flüchtlingsforum tagt in Genf – Lastenteilung gefordert

13. Dezember 2023



Genf (KNA) Mit der Mahnung zu mehr internationaler Lastenteilung hat UN-Flüchtlingskommissar Filippo Grandi am Mittwoch das Globale Flüchtlingsforum in Genf eröffnet. Nach seinen Angaben sind weltweit 114 Millionen Menschen aufgrund von Verfolgung, Gewalt, bewaffneten Konflikten oder massiver Instabilität aus ihren Heimatländern vertrieben. Drei Viertel hätten in Ländern Zuflucht gefunden, die teils kaum ihre eigene Bevölkerung versorgen könnten, sagte Grandi. Er beklagte mangelnde Spendenbereitschaft. Allein seiner eigenen Organisation, dem UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR, fehlten 400 Millionen US-Dollar (370 Millionen Euro) im laufenden Jahr, so viel wie seit langem nicht mehr.

Auf dem dreitägigen Treffen wollen Regierungen, internationale Organisationen und andere Akteure Lösungsansätze diskutieren und Unterstützung für die Umsetzung des UN-Flüchtlingspaktes mobilisieren. Das Forum findet zum zweiten Mal seit 2019 statt.

Grandi sagte, entgegen dem Ziel des Flüchtlingspaktes von 2018, die Lasten und die Verantwortung breiter zu teilen, sei mancherorts das Gegenteil zu beobachten. Eine Politik

der Grenzzäune oder des gewaltsamen Zurückdrängens Geflüchteter sei „zugleich falsch und unwirksam“, kritisierte der Hochkommissar, ohne Staaten beim Namen zu nennen. Man könne auch „die Tatsache nicht beschönigen, dass viele der am stärksten gefährdeten Flüchtlinge sowie Aufnahmeländer und Aufnahmegemeinschaften nicht die Unterstützung erhalten haben, die sie benötigen und verdienen“.

Eine „zunehmend gespaltene internationale Gemeinschaft“ erschwere die Bewältigung der Herausforderungen, warnte Grandi. Vertreibung bleibe ein ungelöstes Problem auch dann, wenn es keine Bilder von massiven Flüchtlingsströmen gebe, sagte er unter Verweis auf globale Ungleichheit, verbreitete Armut und den Klimawandel.

Grandi erinnerte an Vertreibungen im Sudan und der Ukraine, Syrien, Afghanistan und Kongo sowie geflüchtete Rohingya in Myanmar. Die meisten dieser Krisen beständen, weil es an politischen Lösungen für Konflikte fehle, sowohl seitens der beteiligten Parteien als auch einflussreicher Staaten.

© KNA

Foto: geralt auf Pixabay

Stand: 17. November 2026